



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Kein „Weiter so“ ohne Plan und Ziel: Jetzt soziale Zukunftspolitik für Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Am 5. November 2018 trat der Bayerische Landtag zu seiner ersten Plenarsitzung der 18. Wahlperiode zusammen. Am selben Tag unterzeichneten die aktuellen Regierungsparteien den Koalitionsvertrag. Seitdem haben CSU und FREIE WÄHLER für eine Vielzahl an politischen Skandalen gesorgt, sich in der Öffentlichkeit gestritten und sehen sich mit dem Vorwurf von Amigo-Wirtschaft konfrontiert. Gleichzeitig hat es die Staatsregierung unter Söder und Aiwanger versäumt, in wichtigen Politikfeldern Weichenstellungen für die Zukunft der Menschen im Freistaat und zur Wahrung der sozialen Balance vorzunehmen.

So kommen Energiewende und Klimaschutz kaum voran, in der Bildungspolitik passiert viel zu wenig für echte Bildungsgerechtigkeit und gute Schule, und auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Bayern stockt.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, jetzt die Weichen für eine zukunftsgerichtete und soziale Politik in Bayern zu stellen:

- Im Bereich der Energiepolitik soll sie ihre fortschrittsfeindliche Verbotspolitik und den Windkraftstopp 10H endlich aufgeben. Zugleich muss sie jetzt auch alle anderen bürokratischen Hemmnisse für den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien in allen betroffenen Bereichen umgehend abbauen. Es braucht eine Offensive für den Ausbau vor allem der Windkraft und der Geothermie.
- In der Verkehrspolitik soll die Staatsregierung einen Masterplan für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs (insbesondere im ländlichen Raum) und einen beschleunigten bayernweiten Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein Konzept für einen einheitlichen bayerischen Nahverkehrstarif und die flächendeckende Einführung des 365-Euro-Tickets vorlegen.
- In der Bildungspolitik soll so schnell wie möglich ein Konzept vorgelegt werden, das die Förderung von Schülerinnen und Schülern in den Mittelpunkt stellt, einen guten Ganztag sicherstellt, eine längere gemeinsame Schulzeit ab der Einschulung ermöglicht, private Nachhilfe weitgehend unnötig macht und die dafür notwendigen Lehrerinnen- und Lehrerstellen schafft.
- In der Wohnungspolitik sollen alle staatlichen und kommunalen bebaubaren Flächen für öffentlichen Wohnungsbau gesichert und ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt werden, das endlich den Anforderungen an bezahlbaren Wohnraum im Frei-

staat genügt und die Pläne einer möglichen künftigen Bundesregierung zur Schaffung von bundesweit 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 100 000 öffentlich geförderte Wohnungen, mit eigenen Maßnahmen und Mitteln unterstützt.

Begründung:

Inwieweit in Bayern politische Projekte wie ein sozial gerechter Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums gelingen, ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Mehrheit der Menschen in Bayern, die Zukunftsfähigkeit des Freistaates und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Leider hat es die Staatsregierung in den ersten drei Jahren ihrer Amtszeit versäumt, hier die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. CSU und FREIE WÄHLER haben sich auf PR-Politik konzentriert, untereinander gestritten und verschiedene Mitglieder dieser Parteien haben ihren eigenen Profit auf Kosten der Allgemeinheit gemehrt.

Ein eklatantes Beispiel für das Versagen bei wichtigen Zukunftsaufgaben ist der Windkraftstopp in Bayern – dabei sind sich Expertinnen und Experten einig: Ohne einen kraftvollen Ausbau der Windenergie in Bayern scheitert die Energiewende, und ohne die Energiewende scheitert der Klimaschutz. Außerdem treibt das Ausbremsen der günstigsten erneuerbaren Energie durch eine rückschrittliche und engstirnige Verbotspolitik die Energiekosten für die Menschen in die Höhe. Es braucht daher endlich eine Ausbauoffensive. Deutlich größerer Anstrengungen bedarf es auch in der Verkehrspolitik. Gerade der ländliche Raum ist vielerorts oft abgehängt, das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse noch immer weit entfernt.

Auch im Bildungsbereich verweigert sich die Staatsregierung der Realität: Lehrerinnen- und Lehrerverbände wie der Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) e. V. beklagen schon seit Langem ein „Schönreden und Schönrechnen“ des Mangels an qualifiziertem Personal, auch zu Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022. An manchen Schulen in Bayern seien bis zu 50 Prozent nicht voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer tätig, die zwar in akuten Notsituationen aushelfen, aber kein professionelles pädagogisches Personal ersetzen könnten. Dieses aber ist eine zwingende Voraussetzung, um guten, verlässlichen und möglichst individuell angepassten Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern zu gewährleisten, echte Chancengleichheit voranzubringen und damit für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern zu sorgen.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch im Bereich Bauen und Wohnen. So ist bspw. der Bestand an Wohnungen mit Sozialbindung im Freistaat seit 2007 um etwa 25 Prozent geschrumpft. Mit ihrer Untätigkeit auf diesem und anderen Politikfeldern produziert die Staatsregierung soziale Schieflagen, die sich noch weiter verschärfen dürften, sollte sie hier nicht zügig gegensteuern. Der Landtag fordert die Staatsregierung deshalb auf, ihre Anstrengungen in allen genannten Bereichen deutlich zu verstärken.